

07.02.2025

Beweisantrag Nr. 14 der AfD-Fraktion

Aktenvorlageverlangen

Mitglieder des einundzwanzigsten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses der AfD-Fraktion

Der 21. Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt wolle beschließen:

- I. Im Rahmen des Untersuchungsauftrages zu der Ziffer I und der Ziffer II lit. e) des Einsetzungsbeschlusses vom 22.01.2025 wird die Landesregierung aufgefordert, den Mitgliedern des 21. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gem. § 15 Abs. 1 des Untersuchungsausschussgesetzes folgende Unterlagen unverzüglich und vollständig vorzulegen:

Folgende Akten, betreffend die Stellungnahme und Schriftverkehr der Salus gGmbH mit dem Ministerium für Soziales im Rahmen des Anschlags, sind dem PUA vorzulegen:

1. Vollumfängliche Stellungnahmen und Schriftverkehr der Salus gGmbH mit dem Ministerium für Soziales im Rahmen der Untersuchung des Anschlags, inkl. ggf. ausgetauschter Textnachrichten zwischen dem ärztlichen Direktor bzw. der Geschäftsführung der Salus gGmbH und Landesbediensteten bzw. Mitgliedern der Landesregierung.
 2. Die Bereitstellung aller Akten soll in elektronischer Form (PDF), soweit vorhanden, und in Papierform erfolgen.
-
- II. Die Akten sind mit einer schriftlichen und namentlichen Vollständigkeitserklärung zu versehen.

Begründung:

Die Unterlagen dienen als unverzichtbare Arbeitsgrundlage, um einen Überblick über die Informationen, die zwischen dem Ministerium für Soziales und der in ihrem Zuständigkeitsbereich befindlichen Salus gGmbH ausgetauscht wurden, zu erlangen.

Matthias Büttner (MdL)

Oliver Kirchner (MdL)

Ulrich Siegmund (MdL)